



Resolution zum Lehrerberuf

Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, vom EGBW-Ausschuss zur Annahme vorgelegt, verabschiedet am 27. November 2012

Die EGBW-Konferenz vom 26. - 28. November 2012 in Budapest, in Einklang mit der Resolution zur Zukunft des Lehrerberufs, die vom 6. BI-Kongress 2011 in Kapstadt angenommen wurde,

hält fest, dass

1. Bildung ein Menschenrecht und ein öffentliches Gut ist. Ein hoch angesehener Lehrerberuf ist Grundvoraussetzung für die Bereitstellung hochwertiger Bildung für alle, die ihrerseits wiederum eine Grundvoraussetzung für sozialen Zusammenhalt und demokratische Bürgerschaft ist, weshalb es von allergrößter Bedeutung ist, den Lehrerberuf zu schützen und zu fördern.
2. Kürzungen der Bildungshaushalte infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise sich sehr nachteilig auf Arbeitsentgelt, Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit von Lehrern ausgewirkt haben und von einigen Regierungen und öffentlichen Verwaltungen als Vorwand dazu benutzt werden, sich verstärkt anderen politischen Bereichen zuzuwenden.
3. sich die Europäische Union und der Europarat in Anbetracht der negativen Auswirkungen der Krise auf den Lehrerberuf zunehmend auf die Verbesserung der Bildungsqualität konzentrieren, indem sie eine hochwertigere Lehrerausbildung entwickeln und die Standards im Unterrichtswesen anheben.
4. es dem Lehrerberuf an Attraktivität mangelt und er unter den enormen Kürzungen, die künftig ein zunehmendes Problem darstellen werden, leidet. Ein dem Beruf entsprechender Verdienst, eine angemessene Rente und gute Arbeitsbedingungen sind notwendig, um den Lehrerberuf zu einer attraktiven beruflichen Perspektive zu machen.
5. bei den EU-Initiativen zu Mobilität und Anerkennung von Berufsqualifikationen von Lehrern bei der Festsetzung von Standards für den Lehrerberuf die nationalen Kompetenzanforderungen berücksichtigt werden sollten.
6. In einigen Ländern Europas weibliche Lehrkräfte überwiegend mit den jüngsten Schülerinnen und Schülern arbeiten und weniger verdienen als jene, die mit älteren Schülerinnen und Schülern arbeiten und überwiegend männlich sind. Doch laut Gesetzgebung der Europäischen Union sollten Lehrerinnen für dieselbe oder gleichwertige Arbeit denselben Verdienst erhalten.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

7. der Lehrerberuf von der Gesellschaft und insbesondere von den Regierungen geachtet und wertgeschätzt werden sollte. Vor diesem Hintergrund ist es grundsätzlich wichtig, dass Verdienst, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit und Weiterbildungsmöglichkeiten von Lehrkräften denjenigen anderer Berufe, die einen ähnlichen Grad an Qualifikation erfordern, entsprechen, und dass sie gut genug sind, um hochqualifizierte Kandidaten und Kandidatinnen für den Beruf zu gewinnen und zu binden.
8. es grundsätzlich wichtig ist, dass Lehrer und Lehrgewerkschaften bei der Gestaltung der Bildungssysteme von den Regierungen als gleichwertige Partner anerkannt werden, die eine unabhängige professionelle Sichtweise einbringen, aber dem gemeinsamen Ziel der Verwirklichung erfolgreicher Bildungssysteme verpflichtet sind.
9. Lehrer und Lehrgewerkschaften eine permanente und zentrale Rolle in der europäischen Entscheidungsfindung im Bereich der Entwicklung von Bildungspolitik, insbesondere was pädagogische Angelegenheiten und Bildungsinhalte betrifft, spielen sollten. Ferner sollten sie in Bezug auf Budgetfragen formellen Beraterstatus haben.
10. es Lehrern gestattet sein sollte, ihren Beruf in autonomer Form auszuüben und Unterrichtsinhalte innerhalb flexibler einzelstaatlicher Rahmen gemäß den Gegebenheiten zusammenzustellen.
11. ein unterstützendes Umfeld in Schulen und Kollegialität unter den Lehrern Elemente sind, die sehr wichtig für die Bereitstellung einer hochwertigen Bildung auf Ebene der Schulen sind.
12. Lehrer mit steigendem Arbeitspensum und zunehmender Gewalt seitens der Schüler, Eltern und Dritter zu kämpfen haben. Diese physischen und/oder psychischen Bedrohungen setzen die Lehrkraft Gefahren aus und führen zu arbeitsbedingtem Stress, der Burnout und andere Erkrankungen verursachen kann. Deshalb ist es wichtig, dass alle Lehrkräfte in Europa ein Recht auf ein angemessenes Arbeitspensum, eine gute Work-Life-Balance und Sabbaticals haben. Dazu gehört auch die Verhütung und Verminderung von arbeitsbedingtem Stress auf der Grundlage einer geeigneten Risikoeinschätzung sowie auch Schutz und Unterstützung durch ihre Arbeitgeber und Schulleiter vor verbaler oder physischer Gewalt.
13. Regierungen und lokale Behörden Lehrer und Lehrgewerkschaften in die Entwicklung demokratischer Leitungsstrukturen auf Schulebene einbeziehen sollten, wodurch die Schulen das Selbstvertrauen der Lehrkräfte erneuern und stärken können, was diese wiederum dazu anregt, über die eigene Unterrichtspraxis zu reflektieren und sie weiterzuentwickeln.
14. Selbstevaluation und institutionelle Evaluation von Lehrern grundlegend wichtig ist, um hochwertige Bildung gewährleisten zu können. Schulevaluation sollte Innovation und Kreativität anregen und in den Händen der Schulgemeinschaften liegen. Die Evaluation durch Schüler sollte nicht zur Evaluation von Lehrern und/oder Schulen als Institutionen herangezogen werden.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

15. alle Lehrkräfte Zugang zu integrierter hochwertiger Erstbildung, hochwertigen berufsqualifizierenden Einführungsphasen und beruflicher Weiterbildung während ihrer gesamten beruflichen Laufbahn haben sollten.
16. Lehrer dazu ermutigt werden sollten, sich in die Planung und Durchführung von Forschungsarbeiten im Bereich der Bildung einzubringen.

Ruft die europäischen Institutionen und Regierungen dazu auf,

1. das Niveau der öffentlichen Investitionen in Bildung auf allen Ebenen aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, um sicherzustellen, dass allen eine qualitativ hochwertige Bildung als ein Menschenrecht und öffentliches Gut zur Verfügung steht.
2. die Unterrichtsqualität durch Entwicklung hochwertiger und innovativer Lehrerbildung und Anhebung der Unterrichtsstandards, insbesondere durch erweiterten pädagogischen Einsatz von IKT mit Hilfe qualifizierter und erfahrener Lehrer und auch durch Einbeziehung von Lehrern in Forschungsarbeiten über die Unterrichtsqualität, zu verbessern.
3. zu gewährleisten, dass alle Lehrer, sowohl Männer als auch Frauen, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, ein lohnendes Gehalt und angemessene, gesunde und sichere Arbeitsbedingungen, einschließlich des Rechts auf Sabbaticals und flexibler Arbeitszeiten, erhalten, die denjenigen in anderen, einen ähnlichen Grad an Qualifikationen erfordernden Berufen, entsprechen.
4. Gewerkschaften als gleichwertige Partner im Hinblick auf den Bildungssektor betreffende Entwicklungen zu betrachten und ihnen eine permanente und zentrale Rolle in den europäischen Entscheidungsprozessen und bei der Gestaltung von Bildungspolitik im Rahmen von Sozialdialog und Kollektivverhandlung auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene einzuräumen.
5. akademische Freiheit für Lehrer sowie auch Flexibilität bei der Festlegung einzelstaatlicher Rahmen für Curricula auf allen Bildungsebenen zu wahren und zu unterstützen, um Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass Lehrer ihren professionellen Rat einbringen können.
6. Politiken auszuarbeiten, durch die ein unterstützendes Umfeld für eine demokratische Schulleitung auf institutioneller Ebene gefördert wird.
7. Lehrer und Lehrgewerkschaften bei der Erstellung von Evaluationssystemen für Lehrer, die dazu dienen sollen, die Stärken und den Entwicklungsbedarf von Lehrern zu erkennen, und nicht auf deren Abstrafung ausgelegt sind, einzubeziehen.
8. zu gewährleisten, dass alle Lehrkräfte Zugang zu integrierter kostenfreier hochwertiger Erstbildung, berufsqualifizierenden Einführungsphasen sowie zu beruflicher Weiterbildung haben.



*EGBW- Europäische Region der Bildungsinternationalen
2012 Regionalkonferenz*



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik